

gensatz zu allen zentralen Anordnungen "für die größtmögliche Schonung der Betriebe mit zivilen Fertigungs- oder Verteilungsaufgaben (anstatt der Förderung der Rüstung um jeden Preis) eingesetzt", er habe "den Wahnsinn der Betriebsverlagerungen" vom Osten in die Westgebiete zu unterbinden versucht und die totale oder teilweise Zerstörung von Betrieben verhindert. Barth habe so die wirtschaftliche Existenz der Bevölkerung für die Nachkriegszeit gesichert.

Von April 1945 bis Februar 1948 war Barth in Ludwigsburg interniert; vom 14. November 1953 stammt ein Unterbringungsschein als Regierungspräsident z. Wv. Am 6. September 1956 wurde er mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Landrats des Landkreises Saarbrücken beauftragt und am 28. September 1956 definitiv ernannt; er übte das Amt bis zu seinem Ausscheiden als Landrat am 31. Dezember 1961 aus; ab 1. Januar 1962 war er hauptamtlicher Verbandsvorsitzender des Sparkassen- und Giroverbandes des Saarlandes. Im Herbst 1956 war Barth von der damaligen saarländischen Regierung unter Ministerpräsident Hubert Ney als Vertreter des Saarlandes in Bonn vorgesehen, wurde aber aufgrund der Vorbehalte der Bundesregierung nicht ernannt. Er verstarb am 2. August 1962 in Saarbrücken, zuletzt wohnhaft in der Feldmannstraße 115¹⁶.

Die Abteilung I C (Arbeit, Arbeitsbeschaffung, Landesarbeitsverwaltung, Gewerbeaufsicht, Veterinärwesen) übernahm der Regierungsdirektor und in Personalunion Leiter der Zweigstelle des Landesarbeitsamtes Rheinland/Köln in Saarbrücken, Heinrich Nietmann¹⁷, der sich im Abstimmungskampf als stellvertretender Landesleiter der Deutschen Front hervorgetan hatte. Nietmann, 1901 in Aachen geboren, war von 1935 bis 1945 ehrenamtlicher Standartenführer des NSKK aufgrund seiner Verdienste um die Rückgliederung. Nach 1935 wurde er Mitglied des Reichstages und von Bürckel zum "Gauamtsleiter für Arbeitsbeschaffung" bestellt. Die Bestallung war aber nach Aussage Leysers von Bormann abgelehnt worden; nach eigenen Aussagen wollte Bürckel ihn zum Bürgermeister und Kreisleiter von Saarbrücken machen. Sein anfänglich gutes Verhältnis zu Bürckel trübte sich im Laufe der Jahre. 1940 wurde er von Bürckel zum Reichstrehänder der Arbeit ernannt, 1941 wurde er Präsident des neu geschaffenen Landesarbeitsamtes Westmark; die Geschäfte des Reichstrehänders führte er weiter.

über die Übernahme des franz. Vermögens in Lothringen" v. 1.12.1941 war Bürckel als CdZ berechtigt, das entspr. "Feindvermögen" für das Reich zu übernehmen. Durch Ankauf von Unternehmen hatten somit Reichsdeutsche die Möglichkeit sich im Westen anzusiedeln und eine reichsdeutsche Produktion aufzubauen. Vgl. D. Wolfanger, Die nat. soz. Politik, S. 196-208, bes. S. 205.

¹⁶ Zu Barth: LA Saarbrücken, Best. LRA Saarbrücken, Nr. 111/01S. Dr. H. Ney, erster 1. Vors. der CDU Saar, 1956-1957 Min.Präs., danach Justizminister der Regierung des Saarlandes, 1960 1. Vors. der CNG; wohnh. Saarlouis und Saarbrücken.

¹⁷ Angaben gem. schriftl. Auskunft der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg. N. soll sich bemüht haben, der Nicht-Einhaltung des Röm. Abkommens entgegenzutreten; auch habe er gegen die Forderung der DAF, alle Saararbeiter, die bis zur Saarabstimmung Anhänger des Status quo waren, in andere Bergbauggebiete umzusiedeln, Stellung genommen. Im April 1945 zur Wehrmacht eingezogen; dann 2 Jahre politische Haft.